

Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 18 (1919)

Artikel: Rheinbund und "Königreich Helvetien" : 1805-1807
Autor: Steiner, Gustav
Kapitel: 11: Badisch-französische Familienallianz. Reitzensteins Absichten auf Berg und Neuenburg. Bedrohung von Schaffhausen und Kleinbasel. Die "Reflexions" vom April 1806. Das "Königreich Helvetien".
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-113059>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ein Glück für die Schweiz; denn in denselben Februartagen war Reitzenstein nach Paris gereist. Seine ehrgeizigen Pläne zur Erhöhung des kurfürstlichen Hauses sollten der Schweiz, vorübergehend wenigstens, gefährlich werden. So wie man eine belanglose Neuigkeit, die aber die vornehmen Kreise beschäftigt, weitergibt, meldet Maillardoz anfangs Februar dem Landammann die Ankunft zweier ausserordentlicher Gesandten des Kurfürsten von Baden, die für den Kurprinzen um die Hand der Mademoiselle Beauharnais anhalten sollen.¹⁾ Vierzehn Tage später weiss er seinen Bericht zu ergänzen: der Ehevertrag sei zur Unterzeichnung nach Karlsruhe geschickt worden; die „junge Person“ — gemeint ist Stéphanie Beauharnais — sei sehr hübsch; es verlautet, dass sie vom Kaiser adoptiert werde.²⁾ In der gleichen Depesche meldet er die Ankunft des württembergischen Staatsministers Wintzingerode in Paris. Das Gerücht verbreite sich, dass unter den „drei Alliierten Frankreichs“ Streitigkeiten um die Gebietsvermehrung ausgebrochen seien. Emphatisch fügt er bei: „C'est vers l'Empereur que ces nouveaux monarques se dirigent pour les arranger.“³⁾

11. Badisch-französische Familienallianz. Reitzensteins Absichten auf Berg und Neuenburg. Bedrohung von Schaffhausen und Kleinbasel. Die „Réflexions“ vom April 1806. Das „Königreich Helvetien“.

Tatsächlich hatten die unter dem Vorsitz des französischen Gesandten Otto geführten Verhandlungen in München zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Der Mediationskongress versiegte. Es war klar: nur ein Machtwort des Kaisers konnte die verworrenen Verhältnisse ordnen und die drei Fürsten einigen. So verlegte denn Napoleon den Schwerpunkt der Verhandlungen, die, wie wir vorausnehmen wollen, dann zum Abschluss des Rheinbundes führten, nach Paris. Der Wettlauf um Land und Leute, den die süd-

¹⁾ 6 février 1806, Maillardoz an Landammann. I. c.

²⁾ 18 février 1806, Maillardoz an Landammann. I. c. Ferner: Polit. Corresp., VI, Nr. 322.

³⁾ 18 février 1806. I. c.

deutschen Fürsten unternommen hatten, wurde nun dort ausgekämpft; schamlos wurden die Völker verhandelt, wurde über ihr Schicksal durch den herrischen Kaiser und durch bestochene Diplomaten verfügt; und an diesem Konkurrenzkampf beteiligte sich nun der badische Kabinettsminister von Reitzenstein, ein „Mann voller Selbstgefühl und eigener Gedanken“, ¹⁾ ein Mann „der klugen Berechnung, nach seinem ganzen Wesen in erster Linie vorherrschender Verstand; ein Mensch ohne eine Spur von Romantik, . . . scharfsichtig in der Beurteilung der gegebenen Umstände, und bereit, sie unbedingt auszunützen für seine Zwecke.“ ²⁾ Was der Kurfürst Karl Friedrich mit seinem angeboren zaudernden Wesen und in seiner innern Abneigung gegen Frankreich nie erreicht hätte, das hoffte er durchzusetzen: eine imposante Vergrößerung des badischen Landes. Nicht der von Gewissensnöten geplagte, dem deutschen Reich anhängliche Kurfürst, sondern der eigenwillige, rücksichtslose Minister wurde zum Führer der badischen Politik. Für ihn war nur eine Frage entscheidend: ob Erfolg oder Misserfolg in Aussicht stand. Den stets wechselnden Verhältnissen war er bestrebt, durch neue Kombinationen sich anzupassen, und Menschen und Dinge suchte er zu seinen Zwecken auszunützen. Seine Begehrlichkeit, seine Arbeitskraft und Beweglichkeit, sein Ideenreichtum stachen merkwürdig ab von der passiven Resistenz des Kurprinzen, der nur mit Widerwillen sich treiben liess von einem Minister, dessen geistige Fähigkeiten er freilich anerkennen musste. ³⁾ Vom schweizerischen Standpunkt aus kann man sich nur Glück wünschen, dass der badische Kurprinz, dem in Paris der Zutritt zum Kaiser offen stand, der durch seine Nachgiebigkeit in der Heiratsangelegenheit die Gunst Napoleons sich erworben hatte und durch das Band verwandtschaftlicher Beziehung mit dem Kaiser verbunden war, den Ehrgeiz seines Ministers nicht teilte. Während sich die deutschen Fürsten mit enormen Bestechungsgeldern und mit niedrigsten Intriguen in das Vertrauen der mass-

¹⁾ Willy Andreas, Zur Beurteilung der badischen Verwaltungsorganisation. Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins. N. F. XXXVII, S. 309.

²⁾ Willy Andreas, Badische Politik unter Karl Friedrich. Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins. N. F. XXVI, S. 415.

³⁾ Siehe z. B. Polit. Corresp., VI, Nr. 326.

gebenden Personen am kaiserlichen Hofe drängen mussten, und während den diplomatischen Vertretern in ihrem Wirkungskreis enge Grenzen gezogen waren, konnte sich der Kurprinz frei und ungehindert in den Tuileries bewegen; er gehörte zur Familie des Kaisers. Er nahm teil an den Sitzungen des Staatsrates und erfreute sich der besondern Teilnahme des Kaisers. Dieser kümmerte sich sogar um seine sehr notwendige Weiterbildung.¹⁾ Aber der Kurprinz nützte diese Stellung nicht aus. Vielleicht dass gerade deshalb der Kaiser sich ihm besonders anhänglich zeigte, während Reitzenstein, der auch wie die andern diplomatischen Vertreter aufs „Schmieren“ und Antichambrieren angewiesen war, mehr als einmal in volle Verzweiflung geriet.²⁾

Von den Streitigkeiten der deutschen Nachbarn blieb, wie aus unserer bisherigen Darstellung hervorgeht, die Schweiz in ihrem territorialen Umfang unberührt. Das badische Kabinett hatte bis in den Frühling 1806 hinein keineswegs die Absicht, ihren Bestand zu beeinträchtigen. Der Kurfürst suchte vielmehr seine Erwerbungen im Norden und im Osten, jedenfalls nicht auf der linken Seite des Rheines. Auch die rechtsrheinischen Gebiete der Schweiz blieben unangetastet. Die französische Politik ihrerseits bemühte sich zunächst, den Zustand der Schweiz zu bewahren und für die Zukunft sicher zu stellen. Erst unter dem Einfluss der persönlichen Wünsche des Kaisers rechnete Talleyrand in seinen Allianz-Entwürfen mit dem Beitritt der Eidgenossenschaft. Ihre Zugehörigkeit zum Rheinbund würde uns demnach nicht wundern. Ihr Ausscheiden aus diesen Berechnungen aber beweist, dass Napoleon selbst doch nichts wissen wollte von dieser Zugehörigkeit, — einige Gründe haben wir angedeutet, — dass er vielmehr die Schweiz für ganz besondere Pläne aufsparte. Und diese Vermutung wird uns durch das Studium des französischen Aktenmaterials zur Gewissheit. Dass er sich im Jahre 1806 freie Hand wahren wollte, das geht auch aus seiner Haltung hervor, die er den badischen Annexionsbestrebungen gegenüber behauptete.

¹⁾ Bitterauf, I 341 ff.

²⁾ Das Urteil bei Weech, Badische Gesch. S. 459, hat jedenfalls für diese Zeit keine Geltung.

Greifen wir zunächst auf die Anfänge des Heiratsprojektes zurück!

Der Verzicht auf die Familienverbindung mit Bayern und die Vermählung des Kurprinzen Karl mit Stéphanie Beauharnais begegnete in Karlsruhe grösstem Unwillen. Nur die Rücksichten auf das Staatsinteresse vermochten zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Der Prinz Karl Ludwig Friedrich war der Grosssohn des regierenden Kurfürsten Karl Friedrich. Sein Vater war auf einer Reise in Schweden verunglückt. Er ging ins zwanzigste Jahr, als Napoleon den Wunsch aussprach, dass er Stéphanie Beauharnais die Hand reiche. Am 20. Januar 1806 erschien der Kaiser selbst in Begleitung der Kaiserin in Karlsruhe. Er überwand die Bedenken des Kurfürsten, versprach Stéphanie zu adoptieren und zur „fille de France“ zu erheben und stellte die entsprechenden Gunstbezeugungen in Aussicht. „Enfin, c'est un mariage politique; votre fils que j'aime pour lui-même, ne s'en repentira pas, il agrandira son pays“; so sprach er zur Mutter des Prinzen, zur Markgräfin Amalie.¹⁾ Der Kurfürst stellte infolgedessen seine Wünsche zusammen, und der vorsichtige Reitzenstein hätte am liebsten mit der Unterzeichnung des Ehevertrages abgewartet, bis die territoriale Vergrösserung sich erfüllt hätte. Am kühnsten verhielt sich der Kurprinz. Napoleon schrieb zwar an den Bruder Stéphanies, an den Vizekönig Eugen: „Stéphanie et le prince de Bade s'aiment assez.“²⁾ In Wahrheit blieb der Kurprinz seiner Braut und Gemahlin gegenüber gleichgültig; die Ehe wird unglücklich und die beiden Gatten führen ein getrenntes Leben.

Vorläufig, im Januar 1806, galtes, die Heiratsabmachungen zu treffen. Zur Feststellung des Ehevertrages begab sich im Februar 1806 Reitzenstein nach Paris. Schon am 17. fand die Unterzeichnung der Ehepakten statt, und am 8. April — wenn wir vorgreifen dürfen — folgte die Trauung.³⁾

Viel wichtiger und schwieriger war die politische Mission, die Reitzenstein zu erfüllen hatte und zu deren Durchführung

¹⁾ Polit. Corresp., VI, Nr. 324.

²⁾ Madame de Rémusat, Mémoires, II 264, Anm., über das Glück Eugens ebenda S. 262.

³⁾ Abgedruckt bei De Clercq, II 156.

er die neue Stellung des Kurprinzen ausnützen wollte. Er forderte ihn dringend auf, persönlich nach Paris zu kommen: seine und seines Landes Existenz stehe auf dem Spiel; demnächst werden Unterhandlungen von grosser Tragweite eröffnet.¹⁾ Der Kurprinz folgte dem Ruf und sah sich nun mitten in die grosszügigen politischen Absichten Reitzensteins hineingestellt, der mit seinen Denkschriften und mündlichen Vorträgen den Ehrgeiz des Jünglings aufstachelte, während er vor dem greisen Kurfürsten seine kühnen Projekte verbarg.²⁾ Sobald Berg und Neuenburg, durch Abtretung und Tausch, frei wurden, richtete Reitzenstein seinen begehrliehen Blick nach diesen beiden Ländern.³⁾

In einem ausführlichen *Mémoire*⁴⁾ beschwor er den Kurprinzen, zuzugreifen und die Gelegenheit nicht zu versäumen. Die württembergischen Anmassungen seien unerhört. Baden werde an die Wand gedrückt. Die Finanzlage des Kurstaates sei trostlos. Er solle sich in die Arme des Kaisers werfen und ihm dies rückhaltlos gestehen, womöglich unter vier Augen. Das werde für die Prinzessin eine recht traurige Heirat sein, wenn das Land, das er einst beherrschen müsse, nicht gerettet werde. Das aber könne nur durch ausserordentliche Mittel geschehen, nämlich durch ganz bedeutende Vergrösserung, wodurch die Finanzen wieder ins Gleichgewicht gebracht würden. — Man müsse Mittel und Wege finden, um wieder gut zu machen, was man zur Zeit des Pressburgerfriedens versäumt habe. „Les projets de la cour de Stuttgart“, ruft er ihm zu, „ne tendent à rien moins qu'à écraser Votre maison tout à fait et à Vous jeter dans le Rhin . . . et quand on veut se marier, il ne faut pas se noyer“. Er müsse das Herzogtum Berg zu bekommen suchen; später könnten dann die rechtsrheinischen Teile von Cleve zugefügt werden. Da seien ferner das Fürstentum Aschaffenburg, die Stadt Frankfurt usw. Mit der Aneignung von

¹⁾ Polit. Corresp., VI, Nr. 322.

²⁾ Hilty's Darstellung im Polit. Jahrbuch, XVI (1902) S. 15, durchaus unrichtig.

³⁾ Durch den Schönbrunner, dann durch den Pariser Vertrag vom 15. Februar 1806 verlor Preussen: Neuenburg und Valengin; Ansbach, Cleve. — Ansbach ging an Bayern über; dies verzichtete dafür auf Berg.

⁴⁾ Polit. Corresp., V, Nr. 548.

Darmstadt habe es noch keine Eile. Bis nach Bremen und Verden greift er aus. — Und Mittel und Weg? Unterwerfung, völlige Unterwerfung unter den Willen des Kaisers! Es wäre lächerliche Einbildung, schreibt er, sich die vollständige Abhängigkeit Badens von Frankreich verbergen zu wollen. Dem Kurfürsten habe er sein politisches Glaubensbekenntnis vorenthalten; jener sei zu alt, um mit innerer Ruhe, nach sechzigjähriger Regierungszeit, sich in dies neue Verhältnis zu finden: „Mais c'est à Vous, Msgr., que je puis le dire sans détour. La nature a destiné Votre pays à être non seulement un état fédératif, mais, — tranchons le mot — subordonné à l'Empire français. Il ne s'agit pas de pouvoir ou de vouloir changer cet ordre des choses; le meilleur parti qu'un prince sage et éclairé sur ses intérêts et sur ceux de ses sujets puisse prendre, c'est de conclure de bonne heure une capitulation honorable et avantageuse.“ Durch seine Heirat werde er der Sohn des Kaisers selbst. „Dites-lui que dès le moment où Vous Vous étiez déterminé à contracter cette alliance, Vous aviez en même temps regardé Vos futurs états comme faisant partie intégrante de la France, que Vous lui apportiez tous Vos états comme contre-dot de celle de la Princesse Stéphanie, que Vous ne Vous réserviez que les droits honorifiques, les dehors du gouvernement et les revenus, mais que tout ce qui concernait la haute politique dépendrait entièrement de lui.“

Es sind nur Bruchstücke, auf die wir uns beschränken. Aber was für Worte müssen wir hören! Baden nicht nur ein état fédératif, sondern ein dem Kaiserreich untergeordneter Staat! Das heisst vollkommener Verzicht auf staatliches Eigenleben und sogar Verzicht auf Gleichstellung im Staatenverbände Frankreichs! Kapitulieren soll der Prinz, soll sein Land als integrierenden Bestandteil des französischen Reiches bezeichnen, soll es dem Kaiser aushändigen und als Lehen von ihm in Empfang nehmen — ja, noch weniger als Lehen, da er sich mit äusseren Ehren und materiellen Vorteilen begnüge! Zu einer so schamlosen Auslieferung, zu dieser nicht ehrenhaften sondern schmachvollen Kapitulation hätte sich freilich der alte Kurfürst nicht hergegeben, auch nicht in der stillen Hoffnung, die Kette bei

Gelegenheit zu zerreißen. Diese Diplomatenkunst entäusserte sich jeder inneren Würde. Das war allerdings im Sinne Napoleons gedacht, der um jene Zeit sich äusserte: „Ich erkenne nur die als Verwandte an, die mir dienen“.¹) Von dem Augenblicke an, da sich der Kurprinz zu diesem Scheinregiment bekannte, war er nichts anderes als Napoleons Statthalter.

Als Nachschrift dieses gierigen Mémoire fügte Reitzenstein, wie eine Bagatelle, bei: Ich habe vergessen, Ihre Hoheit an die unbestreitbaren Ansprüche Ihres Hauses auf Neuenburg und Valengin zu erinnern. „Comme ces pays sont à la veille de changer de sort, V. A. ne manquera pas de mettre en avant cette prétention qui pourra servir de fondement à un agrandissement d'autant plus considérable.“ Er begehrte also in Wirklichkeit Neuenburg und Valengin nicht. Die Forderung sollte nur dazu dienen, um ein Aequivalent herauszuschlagen.²) Denn durch diese Erwerbung jenseits des Rheines wäre nicht eine Arrondierung, sondern eine Zersplitterung der Kräfte erfolgt, und zugleich wäre die Berührungssphäre mit Frankreich, die man verringern wollte, vergrössert worden. Von andern Gründen, die einer Erwerbung Neuenburgs entgegenstanden, ganz zu schweigen. Dem Kabinettsminister lag damals die Ausdehnung seines Landes nach Norden im Sinne. Als diese dann aber ausblieb, konnten die gelegentlich erhobenen Ansprüche auf diese einst preussischen Fürstentümer wie eine Ideenassoziation wirken: der Blick war doch einmal prüfend über den Rhein gegangen. Weshalb sollte nicht im Süden, in nächster Nähe, die Raublust sich befriedigen können?

¹) Napoleon zu Graf Miot de Mérito, Januar 1806. Kircheisen, Napoleons Gespräche, I 239.

²) Die Ansprüche gehen zurück auf den Markgrafen Rudolf IV. Er erbt im Jahre 1457 nach dem Tod des letzten Grafen von Freiburg die Grafschaft Neuenburg, die ihm als dem Enkel der Gräfin Anna von Freiburg zufiel, welche durch ihre Mutter von den Grafen von Neuenburg abstammte. Die Erbschaft blieb nicht unbestritten, doch trat er die Grafschaft an, gestützt auf seine Freundschaft mit den Städten Bern und Solothurn. Während der Burgunderkriege weilt Rudolf in Bern; sein einziger Sohn dagegen, Philipp, kämpft auf der Seite Karls des Kühnen und wird bei Nancy 1477 gefangen genommen. s. Weech, Badische Geschichte, S. 73.

Auf Berg machte er sich um so grössere Hoffnung, als ja früher schon, im Novemberentwurf von 1805, dieses Herzogtum nach Talleyrands Meinung dem Kurfürstentum Baden zugedacht war.¹⁾ Und Talleyrand, an den Unsummen verschwendet wurden, hatte noch in den letzten Tagen des Jahres 1805 „heilig versprochen“, die Interessen Badens in den bevorstehenden Verhandlungen zu pflegen und für den Nachteil, den es in der letzten Verteilung erlitten, zu entschädigen.

An den Markgrafen Ludwig schrieb Reitzenstein im Januar 1806, Baden könne das Herzogtum Berg ins Auge fassen.²⁾ Das geschah denn auch.³⁾ Jetzt bearbeitete Reitzenstein den Kurprinzen mündlich und schriftlich, der in seiner „timidité“ nichts unternehmen wollte; er liess sich von ihm das Versprechen ablegen, dass er „noch heute morgen“ mit der Kaiserin, und dann mit ihrer Unterstützung mit dem Kaiser reden werde: in erster Linie solle er das Herzogtum Berg verlangen. Da aber musste der Kurprinz von der Kaiserin vernehmen, dass das Herzogtum Berg nebst andern Gebieten dem Prinzen Joachim Murat zugedacht sei; doch habe der Kaiser ein anderes Land für das badische Haus vorgesehen („réservé“).⁴⁾ Wirklich war bald darauf im „Moniteur“ das Dekret zu lesen, durch das die Herzogtümer Cleve und Berg dem Schwager des Kaisers, dem Fürsten Joachim, übertragen wurden.⁵⁾ Sobald aber Reitzenstein von dem Verlust des Herzogtums Berg — denn als solchen betrachtete er den Misserfolg — Kenntnis hatte, fasste er eine neue Denkschrift ab, in der er nach seinem eigenen Geständnis doppelt so viel begehrte, als er zu erreichen hoffte, und die der Kurprinz sofort der Kaiserin einhändigen müsse mit der glatten Erklärung, dass er seine Versprechen („ses engagements“) nicht erfüllen könne — die im Ehepakt niedergelegt waren —, wenn nicht sein künftiger Schwieger-

¹⁾ Polit. Corresp., V, Nr. 394.

²⁾ 1. Januar 1806. Polit. Corresp., VI, Nr. 309.

³⁾ 10. Januar 1806. Graf Degenfeld an Edelsheim. Polit. Corresp., V, Nr. 503.

⁴⁾ 12. März 1806. Polit. Corresp., V, Nr. 551. — Zu den Intriguen der Madame Murat, vgl. Rémusat, Mémoires, II 308.

⁵⁾ Dekret vom 15. März 1806.

vater die seinigen erfülle.¹⁾ Dieser Gedanke war denn auch in der unter Diplomaten üblichen Form in der Denkschrift²⁾ entwickelt, ebenso die Unfähigkeit, den Verpflichtungen der Allianz zu genügen, wenn nicht durch territoriale Vergrößerung und in Verbindung damit durch finanzielle Stärkung Baden lebens- und bundeskräftig werde. Auch die gewöhnlich als diplomatische Finessen geschätzten Redewendungen fehlten nicht: Murat habe das Herzogtum Berg mit Cleve erhalten; wenn aber der Schwager so ausgestattet werde, wieviel mehr müsse der Schwiegersohn erst erhalten! Es wurde genauestens nachgewiesen, wie Baden wiederholt Cleve und Berg für sich gewünscht habe, und wie sogar die öffentliche Meinung bereits mit dieser Regelung gerechnet habe. Nun sei die verfügbare Ländermasse sehr zusammengeschmolzen. Immerhin böten sich noch Gebiete, die für Baden in Betracht kommen könnten: ein Teil von Hessen-Darmstadt, Fürstentum Aschaffenburg und so weiter, und: „5. Les parcelles de la Suisse sur la droite du Rhin“. Auf einem Beiblatt schätzte er die Seelenzahl dieser rechtsrheinischen schweizerischen Gebiete auf 22,000 Seelen.³⁾ Weder von einer Begründung noch einer Entschädigung an die Schweiz ist die Rede. Neuenburg und Valengin wurden in dieser Denkschrift überhaupt nicht mehr erwähnt. Mochte am Schlosse von Neuenburg das Wappen der Hochberg locken: für diese Enklave besass Reitzenstein kein tieferes Interesse.⁴⁾

Bedeutete der Gewinn des rechtsrheinischen Schweizergebietes für Baden eine schöne Abrundung, so wurde umgekehrt die Schweiz noch mehr, als dies in den vergangenen Jahren der Fall gewesen, stückweise aufgeschluckt. Noch im

¹⁾ l. c., Nr. 551.

²⁾ l. c. Nr. 552. [12. März 1806.]

³⁾ Einem Aktenstück aus dem französischen Nationalarchiv entnehme ich die Schätzung, wonach das zunächst bedrohte Schaffhausen im Jahre 1803 25 000 Seelen (die Stadt 6000) umfasste. A. F. IV, 1701, Paris.

⁴⁾ Markgraf Wilhelm erzählt von seiner Schweizerreise: Wir kamen nach Neuchâtel, „wo mich das Schloss mit unserm Wappen interessierte.“ (1808) Diese Wappen Rudolfs von Hochberg (1457—1487), Philipps von Hochberg (1487—1503) und Jeanne de Hochberg (1503—1543) sind abgebildet im Armorial Neuchâtelois. Galerie historique du château de Neuchâtel. Bern 1857, Tafeln 12—14. Das Wappen der Hochberg ist noch heute das der Grossherzoge von Baden.

Jahre 1801, als der Friede von Lunéville bevorstand, erwartete die Eidgenossenschaft unter anderm auch eine Verbesserung der Nordgrenze. In einem Gutachten verlangte Escher von der Lint, dass keine Anstrengung gescheut werde, um Konstanz zu erhalten. Der Rhein bilde übrigens für die Schweiz keine gute Grenze, weil das Südufer fast überall vom Nordufer überhöht werde; es liege daher in ihrem Interesse, möglichst viele Punkte gleich Schaffhausen und Stein auf dem Nordufer zu besitzen; könnte sie sich ihre Grenze nach Wunsch bestimmen, so müsste sie sich das ganze Gebiet zwischen Ueberlingersee und Schaffhausen ausbitten; zum mindesten sollte Stein mit letzterm in direkte Verbindung gebracht werden.¹⁾ Wie ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse nach dem Pressburger Frieden! Wenn es jetzt auf die badische Diplomatie ankam, dann musste die Schweiz nicht nur auf eine Grenzverstärkung verzichten, sondern sie erlitt eine schwere Einbusse: der Grundstock der dreizehn alten Orte wurde erschüttert.

Reitzenstein blieb aber bei diesen „Parzellen“ überhaupt nicht stehen. Zudem gab er seinen Forderungen solchen Nachdruck, dass sie kein Geheimnis blieben. Mitte März kann bereits der kurerzkanzlerische Gesandte Graf Beust heimberichten, das badische Haus verlange an Stelle des ihm versprochenen und nun doch entgangenen Herzogtums Berg eine entsprechende Entschädigung; da aber eine solche in Deutschland kaum zu finden sei, rechne man des bestimmtesten damit, dass die Schweiz erhalten müsse: „que la Suisse entre dans le plan des partages.“ Der Fürst von Borghese²⁾ habe Neuenburg und Valengin zurückgewiesen. Nun sei man der Meinung, dass mit diesem Fürstentum das Waadtland und die erbliche Würde eines Landammanns verbunden werden; einige schweizerische Kantone wie Zürich, Schaffhausen, Basel usw. würden zu Gunsten Badens losgetrennt.³⁾

Damit war das Feld allen Vermutungen offen gelassen! Als ob Napoleon, der erst noch in einem Geheimartikel sich

¹⁾ Oechsli, Geschichte der Schweiz im XIX. Jahrhundert, I 317.

²⁾ Gemahl der zweitältesten Schwester Napoleons, Pauline.

³⁾ 17. März 1806. Polit. Corresp., V, Nr. 555.

von Baden hatte Kehl abtreten lassen, zum Beispiel Basel mit der wichtigen Rheinbrücke aus der Hand gegeben hätte! So mannigfaltig sind die Gerüchte über die Veränderungen, die in der Schweiz vorgenommen werden sollen, dass es unnötig ist, sie im Einzelnen nach allen Richtungen zu prüfen. Die Luft war förmlich mit Gerüchten gesättigt; je weniger Bestimmtes man wusste, um so gieriger wurden Vermutungen aufgegriffen und ausgebildet, wie dies in politisch bewegten Zeiten gewöhnlich der Fall ist. Die allgemeine Unruhe, die durch den Krieg von 1805 und die damit verbundenen, noch nicht abgeschlossenen Veränderungen hervorgerufen wurde, war begreiflicherweise ein günstiger Boden für politische Kannengiesser.

Die Wirkung dieser Ereignisse und Projekte auf die Stimmung in der Schweiz blieb natürlich nicht aus. Aber sie äusserte sich nicht erst in den ersten Wochen des Jahres 1806, sondern schon zu einer Zeit, da eine territoriale Zerstückelung der Schweiz an entscheidender Stelle noch gar nicht diskutiert wurde. Man lebte in einer Krisis, die ganz Europa durchmachte. Die Anhänger Oesterreichs namentlich empfanden die Machtverschiebung als unmittelbare Gefahr. Und welcher Eidgenosse, dem die Unabhängigkeit am Herzen lag, konnte sich dieser Einsicht verschliessen? Klar und deutlich sprach der Schultheiss von Mülinen seine Meinung aus: „Il est certain que cette campagne vient de consolider tout à fait notre dépendance de la France et changer la situation politique, qui par la rivalité de deux grandes puissances limitrophes a garanti notre existence depuis des siècles.“¹⁾ Wie sich das Direktorium mit einem Gürtel von Republiken umgeben hatte, so umgab sich das Kaiserreich mit einem solchen von Königreichen. Nun war die schweizerische Republik isoliert, unter Trümmern von Republiken.²⁾ Johannes von Müller fürchtete um die Wende des Jahres schon, dass die „teutsche“ Schweiz einem König hingeworfen werde, und geradezu prophetisch schrieb er (am 17. Januar 1806!) seinem Bruder, dem Zähringer hätte er sie noch am ehesten gegönnt!³⁾

¹⁾ 14. Januar 1806, Mülinen an Wyss. Leben der beiden Bürgermeister, I 532.

²⁾ Meister, 1. März 1806, ebenda I 532.

³⁾ Haug, a. a. O., II 90.

Für den Zähringer mühte sich Reitzenstein ab. Auch Dalberg wusste von seinen Absichten. Er war akkreditierter badischer Gesandter in Paris; aber Reitzenstein hielt ihn von seiner politischen Mission fern. Die beiden Männer waren sich feind. Dalberg war durch die Zurücksetzung, die er empfand, beleidigt, wollte sogar auf den Gesandtschaftsposten verzichten. Jeder betrieb nun Politik auf eigene Faust. Damit schadeten sie der Sache, der sie dienen wollten. Sobald Dalberg auf Umwegen von den Annexionsbestrebungen Reitzensteins erfuhr, betrieb auch er, zum grossen Aerger des Kabinettsministers, die Erwerbung der Schweiz. Beide taten sich nur zu viel zu gute auf ihre Beziehungen zu Talleyrand.¹⁾ Hielt sich Reitzenstein durch grosse Geldgeschenke den Zutritt zum Aussenminister offen, so besass Dalberg die Gunst der Madame de Talleyrand. Mit ihr unterhielt er sich über das Schicksal der Schweiz. Durch Dekret vom 30. März 1806 hatte Napoleon das Fürstentum Neuenburg dem Marschall Berthier übergeben. Dieses Fürstentum „und die Schweiz“, so sprach sich Dalberg bei dieser Gelegenheit aus, hätten an Baden fallen sollen. Dem Kurfürsten sei für seine Opfer schlecht gedankt worden. Sie entschuldigte die Vergabung von Berg an Murat und vertröstete, dem Kurprinzen werde demnächst eine gute Behandlung zu teil, das badische Haus werde die Königswürde erhalten und es werde zufrieden sein. Gerade diese Erhöhung verlange auch eine grosse Gebietserweiterung, warf Dalberg ein. Da ermahnte sie ihn zur Geduld; die Vergrösserung werde kommen. Grosse Dinge ständen bevor, und in drei Monaten, wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen trete, werde ihr Versprechen in Erfüllung gehen.²⁾

¹⁾ Madame de Staël über Talleyrand: „C'est un homme éminemment propre à conduire les choses de ce monde.“ Gehässiges Portrait. Dann: „Quel misérable spectacle que celui de tous ces grands seigneurs [des Rheinbundes] tâchant encore de rester tels et se confondant en bassesses auprès d'un homme, dont le beau nom du moins mettait leur amour-propre à l'aise!“ Mme. de Staël, Dix années d'exil, p. 18. (Edition de Paul Gautier.)

²⁾ „Qu'incessamment on traiterait bien le Prince électoral de Bade, que la Maison serait élevée à la dignité de Roi et qu'elle serait contente.“ 3. April 1806, Dalberg an Edelsheim. Polit. Corresp., V, Nr. 566.

Als Reitzenstein von dieser Unterredung erfuhr, mehrte sich sein Groll gegen Dalberg. Vielleicht sah er sich auch in der Konzeption überholt. Dalberg forderte nicht nur „Parzellen“, wie Reitzenstein, sondern gerade „die Schweiz“! Reitzenstein hatte weder die ganze Schweiz noch den Königstitel begehrt, und seine Forderung der rechtsrheinischen Parzellen war nur ein Punkt unter vielen andern. Nun wollte er nicht hinter dem Rivalen zurückbleiben. Er verstieg sich in einer Depesche an denselben badischen Staatsminister Edelsheim, der ihm von Dalbergs Schritten Kenntnis gegeben hatte, zu der — unwahren Behauptung: sobald er erfahren habe, dass das Herzogtum Berg dem Fürsten Murat bestimmt sei, habe er seine Augen auf die Schweiz geworfen und sie in einer Denkschrift als „Königreich Helvetien“ begehrt. Diese Denkschrift habe der Kurprinz, allerdings später als er gewünscht, überreicht.¹⁾ Das stimmt nicht. Wir erinnern uns der Denkschrift vom 12. März; sie bildet den Ausgangspunkt für die mögliche Aufteilung der Schweiz, ist aber nur ein schüchterner Versuch, ein Tasten, im Vergleich zu der glatten Forderung Dalbergs, der gleich die ganze Schweiz begehrt. Erst nach dieser Unterredung zwischen Mme. de Talleyrand und Dalberg schraubte nun auch Reitzenstein seine Ansprüche in die Höhe.

In einer neuen Denkschrift,²⁾ die er überschrieb als „Réflexions succinctes sur les moyens de donner à la maison de Bade un aggrandissement suffisant pour lui faire conférer la dignité royale“ begründete er den Antrag auf Ueberweisung der Schweiz. Er ging davon aus, dass von den drei süddeutschen Alliierten die Kurfürsten von Bayern und Württemberg zu Königen erhoben wurden, während der Kurfürst von Baden seinen Titel behalten habe. Unmittelbar nach dem Frieden von Pressburg sei das Bündnis zwischen Baden und Frankreich durch die Familienallianz noch enger gestaltet worden. Von diesem Augenblick an, so führt die Denkschrift aus, durfte man nichts Mittelmässiges erwarten; ja, es wäre sogar ungehörig, kleine Vorschläge zu machen,

¹⁾ 18. April 1806. Polit. Corresp., V, Nr. 572.

²⁾ Sie kann nicht viel vor dem 18. April geschrieben sein.

die hinter der Grösse einer solchen Allianz zurückblieben. Vielmehr fordert diese Allianz bedeutende Vergrösserungen, damit die neue königliche Würde nicht blosses Wortspiel sei. Die Mittel, dies Ziel zu erreichen, sind vorhanden. Mit einer Arrondierung in seinen alten Staaten ist dem badischen Hause nicht gedient. Ein paar Quadratmeter mehr oder weniger führen zu keinem Resultat. Ausdehnung und Bevölkerung schaffen erst eine Macht. Nur wenn der Kurstaat die Schweiz in ihrer ganzen Ausdehnung erhält („la totalité de la Suisse“), wird er einen wenigstens anständigen Platz („une place du moins décente“) unter den Königreichen einnehmen. Denn dieser neue Staat könnte dann eine Gesamtmasse von 2¹/₂ Millionen Seelen aufweisen. Diese Zuweisung aber wäre sowohl gerecht als politisch klug. Gehörte doch die Schweiz in ihrer glücklichsten Zeit (!), das heisst vor sechs Jahrhunderten, den Vorfahren des Kurprinzen; diese erwarben ihren schönsten und dauernden Ruhm als Städtegründer in barbarischen Jahrhunderten; haben sie doch die Städte Bern und Freiburg gegründet, Moudon, Yverdon, Burgdorf und andere vergrössert und befestigt. Eine wohltätige Politik unterstützt diesen Wechsel. Nach allem, was die Schweiz in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat, wird einem die Ueberzeugung schwer, dass sie Glück und Ruhe finden könne ausser unter einer erblichen Regierung, und nie wird England seine Hoffnungen aufgeben, dies Land zum Nachteil Frankreichs aufzuwühlen und Einfluss zu gewinnen; durch seine Emissäre wird es die Parteien in Atem halten solange, bis durch Errichtung einer derartigen Regierung ihm auf alle Zeiten der Zutritt versperrt wird. „C'est donc une véritable conquête sur l'Angleterre que la France fera, en procurant la Suisse à une maison, dont le dévouement lui est assuré pour jamais et qui peut déjà se regarder comme faisant partie de la maison impériale elle-même.“ — In den Schlusszeilen lässt Reitzenstein seine Gebietswünsche im Norden durchblicken, die „natürliche“ Grenzerweiterung zwischen Rhein und Main, ohne hier irgendwie zu zwängen.¹⁾ — Ein auf Pergament

¹⁾ Das Interesse für den Besitz der verschuldeten Stadt Frankfurt ist stark abgeflaut.

geschriebenes Exemplar war offenbar für Napoleon bestimmt.¹⁾

Diese Denkschrift macht Reitzenstein alle Ehre, wenn nur die Klarheit, Präzision im Ausdruck und sachlich geschickte Gedankenfolge ins Auge gefasst wird. Auch die Begründung ist geschickt: sie begnügt sich mit einigen wenigen aber sichern Strichen und geht einer Behandlung im Einzelnen aus dem Wege. Denn eine genaue Nachprüfung würden die vorgeschobenen Gründe nicht ertragen. Unfassbar bleibt für jeden Kenner der schweizerischen Verhältnisse die Voraussetzung: Reitzenstein hält also eine Angliederung der Schweiz an Baden für möglich! Diese Täuschung ist ein Beweis dafür, wie auch routinierten Diplomaten der gesunde Menschenverstand plötzlich abgehen kann. Der Länder- und Seelenschacher bewirkte offenbar eine derartige Trübung der Urteilskraft, dass die länderhungrigen Diplomaten, gewohnt, am grünen Tisch um Quadratmeilen und Völker zu verhandeln, vergassen, dass es auch noch Kräfte in einem Volke gibt, die sich nicht zahlenmässig feststellen, die sich nicht messen und nicht einrangieren lassen, Kräfte, wie sie sich in ihrer gefährlichen Wirkung schon wenige Jahre später in Spanien, in Tirol, ja in Deutschland selbst äusserten. Reitzenstein vergass die Charakterverschiedenheiten der Völker, ahnte nicht, dass der Handel um Bonndorf und Nellenburg etwas ganz anderes sei als die Vergewaltigung eines Volkes, das sich politische Selbständigkeit erkämpft hatte. Augenblicklich beugte sich auch der Schweizer vor der überlegenen Macht. Aber in ungewohnter Unterdrückung reift auch wieder Mannesmut, wächst der Wille, die verlorenen Güter wieder zurückzugewinnen. Wie Johannes von Müller um dieselbe Zeit, im März 1806, sich in seiner pathetischen Art ausdrückte: Es wird auch die Zeit erscheinen, „wo neue Telle an den Frechen Wildbret für sich finden werden.“²⁾ Traute Reitzenstein im Ernst dem Kurstaat die Kraft zu, der Schweiz auf die Dauer Herr

¹⁾ Paris au mois d'avril [1806]. Polit. Corresp., V, Nr. 571. — Text französisch.

²⁾ 17. März 1806, Johannes von Müller an Johann Georg Müller. Haug, II 91.

und Meister zu werden? Nach dem Kriege von 1809 war Napoleon überzeugt, dass Bayern unfähig sei, die Grafschaft Tirol zu beruhigen, und doch waren hier die Gegensätze nicht grösser als zwischen Baden und der Schweiz. Konnte sich Reitzenstein einbilden, dass Baden, dem es nach Napoleons Wort bisher überhaupt an einem festen Kern gefehlt hatte, die Schweiz sich amalgamieren könne? War nicht die schweizerische Eigenart die stärkere? Welches Unterfangen, jene innern Orte, die Bergkantone, die auf dem Morgarten, an der Schindellegi, bei Rotenturm, in Nidwalden der französischen Uebermacht getrotzt hatten, sich gefügig machen zu wollen! ihnen ihre Selbstverwaltung zu nehmen! das „stolze“ Bern, die alten und neuen demokratischen oder zunftaristokratischen Orte einem badischen König unterstellen zu wollen! Frankreich hatte Gewaltmittel anwenden müssen, um Genf zu inkorporieren. Und das isolierte Genf war kein Glied der Eidgenossenschaft gewesen. Die Loslösung der Schweiz vom deutschen Reich und die partikularistische Entwicklung widerstrebte diesem verdeckten Heimfall ans Reich und der königlichen Zentralregierung. Es war flagrante Unwahrheit, wenn Reitzenstein behauptete, erst unter einer erblichen Regierung werde die Schweiz zur Ruhe kommen. Die Zentralregierung der Helvetik war ja zusammengebrochen, sobald sie nicht mehr von französischen Bajonetten geschützt war, und der Consulta hatte noch 1802 der Erste Consul erklärt: „Ich, dem die Umstände das Vertrauen des Volkes verschafften, ich würde mich für unfähig halten, die Schweizer zu regieren.“ Und in derselben Audienz:¹⁾ „Wenn ihr durchaus gross sein wolltet, dann bliebe euch nur eins übrig, euch mit Frankreich zu vereinigen, von dem ihr zwei grosse Departements bilden könntet, und an seinen Schicksalen teil zu nehmen. Aber die Natur hat euch nicht dazu bestimmt. Sie hat euch von den übrigen Völkern durch Gebirge geschieden.“ Seit dem Anschwellen der französischen Macht war eine Vergewaltigung auch der Schweiz in nächste Nähe gerückt. Aber die Verschmelzung mit einem monarchischen deutschen Staat? Niemals. Das bedeutete nicht Ruhe und Glück, sondern

¹⁾ St. Cloud, 12. Dezember 1802.

Krieg. Unitarier und Föderalisten, Protestanten und Katholiken, Demokraten und Aristokraten, Welsche und Alemannen hätten sich zum gemeinsamen Kampf zusammengetan. — Diese Stimmung und Denkweise spüren wir in den Aufzeichnungen, in den Briefen und im Gedankenaustausch der schweizerischen Staatsmänner, die damals mit Sorge das zukünftige Schicksal ihres Landes besprachen.

Napoleon konnte die Behauptung der Denkschrift, wonach die Schweiz nur durch die Vereinigung mit Baden ihre Ruhe und ihr Glück finden werde, geradezu als Missachtung empfinden, wenn er sich nicht mit ihr als diplomatischer Floskel abfand: rühmte er sich doch, den Parteiungen in der Schweiz durch die Mediationsakte ein Ziel gesetzt und dem Lande den Frieden geschenkt zu haben. Dass in der Schweiz die „Altgesinnten“ nur der Uebermacht sich beugten, dass Oesterreich und England dort Agenten unterhielten und Anhänger besaßen, das wusste er wohl. Aber wurde dies durch eine Vereinigung mit Baden anders? Gab es nicht auch in Baden eine antifranzösische Partei? Und selbst wenn er heute des Kurfürsten sicher war, wer bürgte ihm dafür, dass nicht morgen, wenn die Machtverhältnisse sich verschoben, der deutsche Fürst seiner frühern Zugehörigkeit zum Reich sich erinnerte?

Zweifelloos übersah der badische Minister in der Hitze und Aufregung die Schwierigkeiten, die der Durchführung seines Begehrens im Wege standen; er verkannte vor allem die politischen Interessen Frankreichs. Und wenn es ihm ernst war mit der Erwerbung, dann konnte er nicht verkennen, dass das Schwergewicht des Kurstaates aus den Stammlanden hinaus in das neue Gebiet, in die Schweiz verlegt wurde. Unbefriedigend blieb die Gestaltung des Staates immer noch, und die Verwicklungen mit Frankreich mehrten sich. Die historische Begründung, die Berufung auf die Zähringer, bleibt oberflächlich. „La Suisse est une de ces possessions qui dans les temps les plus heureux, c'est à-dire il y a six siècles, appartenait (!) aux ancêtres du Prince électoral.“ So sagt die Denkschrift sehr irreführend. Denn eine Schweiz gab es bekanntlich bis zum Aussterben der Zähringer nicht! Und wenn mit der Bezeichnung „la Suisse“

eine geographische Bedeutung ausgesprochen ward, dann war die Behauptung, wonach die Zähringer dies Gebiet zu eigen gehabt hätten, ebenfalls unrichtig. Denn dies Gebiet bildete einen Teil des deutschen Reiches! Wenn also historische Ansprüche erhoben wurden, dann konnten sie nicht dem badischen Kurstaat zu Gute kommen, sondern einzig und allein dem heiligen römischen Reiche, von dem sich Baden in diesem Augenblick lossagte!

Es war Herzog Berthold II. (um 1100), der den mittleren und westlichen Teil der heutigen Schweiz mit dem Hauptorte Zürich, dem Mittelpunkt des Zähringischen Machtgebietes, als unmittelbares Reichslehen erhielt. Auf Reichsboden, in den breisgauischen Landen, erbaute er die Burg Zähringen, nach welcher er und seine Nachkommen sich fortan nannten. Er starb 1111. Berthold IV. legte auf einem Vorsprung an der Saane die Stadt Freiburg im Uechtland an und begabte sie mit einem der Handfeste von Freiburg im Breisgau entnommenen Stadtrecht. Dem fünften Berthold verdankte Bern seinen Ursprung.¹⁾ Durch solche Städtegründungen und durch Förderung freiheitlicher Entwicklung in schon bestehenden Städten schufen sich die Zähringer Stützpunkte im Kampf mit den Bischöfen von Lausanne und mit dem ihnen feindseligen Adel. Ihr Bestreben ging darauf hin, eine imposante Hausmacht in den helvetischen Landen zu gründen. Aber im Jahre 1218 starb Berthold V. kinderlos, und der Hohenstaufe Friedrich II. zog alle Gewalten und Besitzungen, die Berthold als erbliches Lehen vom Reich inne gehabt, wie das Rektorat über Burgund, die Reichsvogtei Zürich u. s. w. an das Reich zurück. Genau so, wie sich die Fürsten des Reiches Territorialstaaten auf dem Boden des deutschen Reiches schufen, vollzog sich nun eine demokratische Entwicklung zunächst an den Ufern des Vierwaldstättersees und die Verbindung von reichsunmittelbaren Städten und Ländern zur partikularistischen Eidgenossenschaft.

Ein Herzogtum oder eine Herrschaft Zähringen gab es nie. Die Zähringer nannten sich vielmehr Herzöge ohne ein solches Herzogtum. Die Burg Zähringen war Reichslehen.

¹⁾ Weech, Badische Geschichte. Dierauer, Geschichte der schweiz. Eidgenossenschaft, I (1. Aufl.) 57 ff.

Der Stützpunkt des Breisgauer Herrschaftsgebietes der Zähringer wurde die im Jahre 1120 erbaute Burg und Stadt Freiburg, die auf Allodialbesitz der Gründer lag. Vor 1100 kommt die Benennung „von Zähringen“ nie vor, und die Burg selbst wird im Jahr 1128 zum erstenmal urkundlich erwähnt. Der Familienname der Zähringer geht auf die gleichnamige Burg zurück.¹⁾ Von 1061 bis zum Aussterben des Geschlechts 1218 war der Herzogstitel der Bertholde staatsrechtlich nur ein leerer Titel.²⁾ Die Burg gab nur den Familiennamen. Mehr nicht. Um 1100 wählte Herzog Berthold II. die Burg Zähringen zur Stammburg seines Hauses.³⁾ Ihre Gründungen aber und die Verleihung von Freiheiten, wodurch sich die Städte später zu Freistätten bürgerlicher Ordnung und Rechtsentwicklung erhoben, sind der bleibende Ruhm der Zähringer geworden.⁴⁾ Freilich konnten sie nicht ahnen, dass sie damit den Grund zu freiheitlichen Gemeinwesen legten, welche später in die Gestaltung der burgundisch-alemanischen Grenzgebiete, ja des ganzen schweizerischen Landes entscheidend eingriffen.⁵⁾

Die historische Begründung in den „Réflexions“ war mit guter Absicht recht knapp gehalten. Reitzenstein wusste wohl, dass der regierenden Linie in Baden der Titel „von Zähringen“ überhaupt nicht mehr zukam. Und was bedeuteten sogar wirkliche historische Beziehungen⁶⁾ zu einer Zeit, da eine willkürliche Umwälzung, unter dem Vortritt eines Mannes, dem es Mühe machte, seine französische Nationalität zu beweisen, während er selbst über die französische Nation

¹⁾ Erstmalige Erwähnung des Titels „Herzog von Zähringen“ in zwei Urkunden von 1100. — Der Markgraf Hermann ist Stammvater der Markgrafen und jetzt regierenden Grossherzoge von Baden. Vgl. die grundlegenden Ausführungen von Ed. Heyck, Geschichte der Herzoge von Zähringen.

²⁾ Die Verbindung dux de Zaeringen ist nichts zusammengehöriges. Lies: Bertoldus, — dux, — de Zaeringen; nicht: Bertoldus, — dux de Zaeringen.

³⁾ Hermann Flamm, Der Titel „Herzog von Zähringen.“ Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, N.F. XXX, S. 254 ff., auf den sich obige Darstellung stützt. Der Aufsatz von Flamm ist ausserordentlich interessant.

⁴⁾ Dierauer, Geschichte der schweizer. Eidgenossenschaft, I (1. Aufl.) 59.

⁵⁾ Ebenda, I 61.

⁶⁾ Reitzenstein nennt die Zeit der letzten Staufer, die mittelhochdeutsche Blütezeit und Renaissance: „des siècles de barbarie“!

herrschte, durch die geschichtliche Vergangenheit einen Strich zog! Politische Argumente waren jetzt allein entscheidend.

Der Vorzug der „Réflexions“ beruht auf ihrer Klarheit und Zuversichtlichkeit. Reitzenstein hat, im Gegensatz zu seinen frühern Denkschriften, sich in den „Réflexions“ vollkommen auf die Schweiz konzentriert. Zwei Forderungen erscheinen in enger Verknüpfung: Königswürde und die nötige territoriale Unterlage. Das ist innerste Ueberzeugung des Ministers: ohne grossartige Vergrösserung auch kein Königstitel! Die Schweiz, von der Napoleon schon früher gesagt, dass sie zu arm sei, um eine Zentralgewalt zu unterhalten, glaubt Reitzenstein ökonomisch stark genug. Nur eine Vermehrung der Einkünfte gibt, nach Reitzensteins Ansicht, dem Kurfürsten das Recht, den königlichen Titel anzunehmen. Daran hält er in der Folge fest.

Und endlich der Kaufpreis! Ohne viele Worte: völliges Aufgehen in der Politik Frankreichs, Preisgabe staatlichen Eigenlebens.

12. Intriguen. Unentschlossenheit des Kurprinzen von Baden. Aussichten auf die Erwerbung Basels.

Wie wir bereits erfahren haben, übergab der Kurprinz, später als Reitzenstein gewünscht, diese Denkschrift dem Kaiser,¹⁾ und Reitzenstein selbst setzte alle Hebel in Bewegung, um zu einem günstigen Ergebnis zu gelangen. Die Einmischung Dalbergs empörte ihn. Er nahm an, dass dieser durch Thiard, dessen Vertrauen er sich rühmte und der selbst wieder wohl durch Talleyrand informiert war, von den Annexionsbestrebungen Kenntnis erhalten habe. Thiard, so berichtet wenigstens Reitzenstein, soll zu Dalberg geeilt sein und ihm gesagt haben, „que nous devions avoir perdu le sens commun pour nous permettre des demandes aussi exorbitantes,“ und dass auch Talleyrand mehrmals gesagt habe: „Nein, die ganze Schweiz, das ist zuviel, das ist unmöglich.“

¹⁾ Infolge der Unwahrheit Reitzensteins sind hier die Dinge nicht ganz durchsichtig. In den „Réflexions“ soll die Schweiz zum „Kurfürstentum“ geschlagen werden. Hier, in der Depesche an Edelsheim, steht: „j'avais jeté les yeux sur la Suisse, en la demandant sous le titre d'un royaume de Helvétie.“ In den „Réflexions“ kommt diese Bezeichnung nicht vor.